

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

01. Juli 2019

Ägypten

Jahrestag der Revolution

Am 30.06.19 wurde in Ägypten die Machtübernahme durch das Militär als Jahrestag der Revolution gefeiert, u.a. mit freiem Eintritt in öffentlichen Vergnügungsparks. Von Seiten staatlicher Stellen wurde die Machtübernahme als Beginn staatlicher Stabilität bezeichnet. Auch wenn der Putsch gegen den gewählten Präsidenten Mohammed Mursi erst am 03.07.13 stattgefunden hat, wird der 30.06.13 als ausschlaggebend gesehen, weil an diesem Tag die landesweiten Demonstrationen gegen den vorherigen Präsidenten Mursi einen Höhepunkt erreicht hatten.

Kämpfe auf dem Sinai

Am 24.06.19 kam es auf dem Sinai zu einem Gefecht zwischen der Armee und Kämpfern des Islamischen Staates (IS). Laut Auskunft des Innenministeriums seien dabei sieben Polizisten und vier Kämpfer des IS getötet worden.

Inhaftierung mehrerer Oppositioneller

Zyad Elelaimy, führendes Mitglied einer sozialdemokratischer Oppositionspartei, wurde am 24.06.19 zusammen mit sieben weiteren Mitgliedern der Partei unter dem Vorwurf verhaftet, einen von den Moslebrüdern finanzierten Plan zur Durchführung von Terrorakten vorangetrieben zu haben. Die Partei wies die Anschuldigungen als absurd zurück. Beobachter vermuten, dass die Partei und die Parteienkoalition, der sie angehört, an der Vorbereitung für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr gehindert werden sollen.

Äthiopien

Dutzende Festnahmen nach Putschversuch in Äthiopien

Nach dem Putschversuch im Regionalstaat Amhara, bei dem führende Vertreter der Regionalregierung, darunter der Präsident der Region, Ambachew Mekonnen, getötet wurden (vgl. BN v. 24.06.19), hat ein von der Regierung beauftragtes Sondereinsatzkommando die Festnahme von mehr als 250 Verdächtigen bekanntgegeben. 212 Festnahmen seien in der nördlichen Region Amhara erfolgt und 43 in der Hauptstadt Addis Abeba, teilten offizielle Stellen am 27.06.19 mit.

Unter den Inhaftierten sollen dutzende Mitglieder und Sympathisanten der National Movement of the Amhara (NaMA) sein. Die ethnonationalistische NaMA wurde 2018 gegründet und steht in Konkurrenz zu der in Amhara regierenden Amhara Democratic Party (ADP), die auch Mitglied der in Äthiopien seit 1991 herrschenden Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) ist. NaMA-Sprecher Christian Tadele bestritt eine Beteiligung am Putschversuch und warf den Sicherheitskräften vor, gezielt gegen die Amharen, die zweitgrößte Ethnie des Landes vorzugehen.

Der mutmaßliche Drahtzieher des Putsches, General Asaminew Tsige, wurde nach Regierungsangaben bei einer Auseinandersetzung nahe der Stadt Bahir Dar am 24.06.19 getötet. Asmaniew saß bis zu einer Amnestie im Jahr 2018 bereits wegen eines angeblichen Putschversuches in Haft. Die Hintergründe der Ereignisse in Amhara sind unklar, ebenso die genauen Umstände der Ermordung des Generalstabschefs der

äthiopischen Streitkräfte, Seare Mekonnen, am selben Tag in Addis Abeba. Nicht bekannt ist bis jetzt, ob zwischen beiden Vorfällen ein direkter Zusammenhang besteht.

Afghanistan

Kampfhandlungen und Militäroperationen

Erfolgreiche Militäroperationen gegen die Taliban gelangen unter anderem in den Provinzen Balkh, Faryab (Norden), Ghazni (Südosten), Logar, Paktiya (Osten), Wardak (Zentrum), Farah, Herat (Westen), Helmand, Kandahar und Uruzgan (Süden). Die Provinz Faryab steht wieder unter Regierungskontrolle. Auch gab es Berichte von erfolgreichen Militäreinsätzen gegen Kämpfer des IS (Islamic State in Korasan Province – ISKP) in Kunar und Nangarhar (Osten). In Kunar bekämpften sich zudem ISKP und Taliban. In der Hauptstadt Kabul wurden mehrere einflussreiche Kriminelle und Mitglieder berüchtigter Verbrecherbanden festgenommen. Außerdem kamen in der Berichtswoche zwei US-Soldaten ums Leben.

Taliban-Anschläge auf Einrichtungen der Sicherheitskräfte

Bei mehreren größeren Angriffen der Taliban auf Einrichtungen der afghanischen Sicherheitskräfte sind am Wochenende mindestens 65 Menschen getötet worden.

Am 28.06.19 kamen in der Provinz Farah (Westen) bei einem Angriff auf eine Militärbasis acht Soldaten ums Leben, weitere Personen wurden verletzt.

Am 29.06.19 zerstörten in der Provinz Baghlan (Norden) die Taliban zwei Kontrollpunkte der Armee und töteten dabei mindestens 26 Angehörige einer von der Regierung unterstützten Miliz. Zwölf weitere wurden verletzt. Zwei örtliche Politiker nahmen sie gefangen.

Am 29.06.19 sprengten in der Provinz Kandahar (Süden) die Taliban vier gestohlene Militärfahrzeuge nahe einem Polizeihauptquartier in die Luft. Elf Soldaten und acht dort untergebrachte Angestellte der afghanischen Wahlkommission starben. Dutzende Menschen wurden verletzt.

Am 30.06.19 wurden in der Provinz Kunduz (Nordosten) bei einem Angriff auf einen Militärstützpunkt mindestens zwölf Soldaten getötet. Weitere 16 Personen nahmen die Taliban gefangen.

Fortsetzung der Friedensgespräche zwischen Taliban und USA

Am 29.06.19 gingen die Friedensgespräche zwischen Taliban und den USA in der Hauptstadt von Katar, Doha, in die siebte Runde. Die USA fordern von den Taliban eine Garantie, dass deren Kämpfer nicht für Angriffe außerhalb des Landes eingesetzt werden, außerdem einen permanenten Waffenstillstand und einen innerafghanischen Dialog. Die Taliban lehnen direkte Gespräche mit der afghanischen Regierung bisher ab und fordern den Abzug der US- und NATO-Streitkräfte.

Im Jahr 2001 waren die Taliban wegen mutmaßlicher Unterstützung der Attentäter vom 11. September und Unterstützung des Terrornetzwerks al-Qaida von einem US-geführten Militärbündnis gestürzt worden. Die Taliban vertreten die Auffassung, die damals eingesetzte Regierung werde vom Westen instrumentalisiert und sei nicht rechtmäßig. Vor dem Hintergrund der am 28.09.19 vorgesehenen Präsidentenwahl sind bis zum 01.09.19 erste Ergebnisse der Gespräche angepeilt.

Im Mai hielt der afghanische Präsident Ashraf Ghani in Kabul eine Ratsversammlung mit Politikern, Stammesältesten und religiösen Führern ab, um mit ihnen den Stand der Gespräche zwischen Taliban und USA zu erörtern. Tiefe ideologische Gräben führten aber auch hier zu keinem Ergebnis.

Bei der afghanischen Bevölkerung schwindet die Hoffnung auf Frieden im Land. Einem Anfang des Jahres veröffentlichten UN-Bericht zufolge wurden im Jahr 2018 die höchste Zahl getöteter Zivilisten gezählt. Die Zahl stieg im Vergleich zu 2017 um 11% auf 3.804 Tote, darunter 927 Kinder, und weitere 7.189 Verletzte, die hauptsächlich Bombenanschlägen und Selbstmordattentaten zum Opfer fielen. Unlängst hat Afghanistan im Global Peace Index Syrien vom letzten Platz verdrängt.

Im Fall des Scheiterns der Gespräche drohen die Taliban ihren Gebietsanspruch auszuweiten, um maximalen Druck auf die Regierung auszuüben. Sie werden weiter versuchen, Städte zu erobern und die Kontrolle über wichtige Verkehrsverbindungen zu übernehmen. Dieses Sicherheitsvakuum bietet terroristischen Gruppierungen wie ISKP oder al-Qaida einen idealen Nährboden. In Kombination mit dem prosperierenden Opiumanbau und den Flüchtlingsströmen aus intern Vertriebenen und Rückkehrern vor allem aus den Nachbarländern hätte diese Situation weltweit bedenkliche Auswirkungen.

Heftige Explosion erschüttert Kabul

Am frühen Morgen des 01.07.19 wurde die afghanische Hauptstadt Kabul von einer heftigen Explosion erschüttert. Nach der Detonation stieg vom Zentrum Kabuls eine größere Rauchwolke auf. Die Explosion ereignete sich in einem belebten und vielbevölkerten Stadtteil unweit des Verteidigungsministeriums. Zum Sprengsatz, den Hintergründen und dem Anschlagziel liegen noch keine Informationen vor. Nach vorläufigem Stand starben mindestens zehn Personen, etliche Verletzte wurden in Krankenhäuser gebracht.

Albanien

Kommunalwahl unter politischen Spannungen

Die von massiven politischen Spannungen überschattete Kommunalwahl am 30.06.19 verlief friedlich und ohne größere Vorkommnisse. Rund 12.000 Polizisten waren im Einsatz, um die Sicherheit zu gewährleisten. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 19%.

Im Vorfeld hatte Staatspräsident Ilir Meta versucht, die Abstimmung wegen der politischen Lage im Land zu verschieben. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei eine demokratische und repräsentative Abstimmung nicht möglich. Die Regierung bestand jedoch darauf, dass die Wahlen stattfinden.

Seit Monaten kommt es in Albanien regelmäßig zu Protesten der Opposition (PD), die der sozialistischen Regierung Wahlbetrug und Korruption vorwirft. Sie verlangt die Bildung einer Übergangsregierung, welche Neuwahlen organisieren soll.

China

Hongkong: Demonstrationen

Begleitet von Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten haben in Hongkong die Feierlichkeiten zum 22. Jahrestag der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie an China begonnen. Polizisten setzten am 01.07.19 Schlagstöcke und Pfefferspray gegen Demonstranten ein, die damit begonnen hatten, Straßen im Regierungsviertel zu besetzen.

Schon in den vergangenen Wochen ist es in Hongkong wegen eines umstrittenen Gesetzes für Auslieferungen an China zu den größten Protesten seit drei Jahrzehnten gekommen. So zogen am Morgen des 26.06.19 hunderte Demonstranten zu Konsulaten von G20-Mitgliedstaaten und übergaben Petitionen, in denen sie dazu aufriefen, die Änderungen der Auslieferungsbestimmungen Hongkongs zu einem Thema des anstehenden G20-Treffens zu machen. Am Abend desselben Tages demonstrierten erneut Tausende gegen eine Änderung der Auslieferungsbestimmungen (Fugitive Offenders and Mutual Legal Assistance in Criminal Matters Legislation (Amendment) Bill 2019).

Das Auslieferungsgesetz würde es Hongkongs Behörden erlauben, von China beschuldigte Personen an die Volksrepublik auszuliefern. Kritiker warnen, Chinas Justiz sei nicht unabhängig und diene der politischen Verfolgung. Auch drohten Folter und Misshandlungen.

DR Kongo

Polizei geht gegen verbotene Protestmärsche vor

Am 30.06.19 fand in Kinshasa ein von der Polizei verbotener Protestmarsch statt, zu dem das größte Oppositionsbündnis Lamuka aufgerufen hatte. Etwa 50 Polizisten blockierten hierbei die Weiterfahrt des Autos, in dem sich der Präsidentschaftskandidat Martin Fayulu und der frühere Premierminister Adolphe Muzito befanden. Unter Einsatz von Tränengas löste die Polizei die Demonstration, an der mehrere hundert Personen teilnahmen, auf. Die Polizei hatte den Protestmarsch für den 30.06.19, dem Jahrestag der Unabhängigkeit des Kongo, verboten. Lamuka hatte auf dem Datum bestanden. Der Protestmarsch richtete sich gegen die Mitte Juni 2019 erfolgte Ungültigkeitserklärung, in der die Wahl von 21 der Lamuka angehörenden Parlamentarier sowie von zwei Senatoren durch das Verfassungsgericht annulliert wurden. Deren Sitze wurden auf Kandidaten der Koalition Common Front for Congo (FCC) übertragen, die den früheren Präsidenten Joseph Kabila unterstützt.

Bei einem ebenfalls am 30.06.19 in Goma (Provinz Nordkivu) trotz Polizeiverbots durchgeführten Protestmarsch wurde bei der Auflösung des Marsches durch die Polizei wurde ein Teilnehmer erschossen. Am 29.06.19 hatte Staatspräsident Felix Tshisekedi in einem Interview mit französischen Medien erklärt, dass „wir den Eindruck haben, dass es einige gebe, die Demokratie mit Anarchie verwechselten“.

Gambia

Gambias Ex-Staatschef Yahya Jammeh dem Vorwurf der sexuellen Gewalt ausgesetzt

Drei Frauen haben dem ehemaligen Präsidenten von Gambia vorgeworfen, sie mit moralischem, finanziellem und physischem Druck zu sexuellen Handlungen gezwungen zu haben. „Yahya Jammeh behandelte die gambischen Frauen wie seinen Besitz“, erklärte der Anwalt der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), Reed Brody, am 26.06.19 im Senegal. Jammeh und seine Mitarbeiter hätten für sexuelle Gefälligkeiten auf Nötigung, Betrug und Gewalt gesetzt, heißt es in einer Untersuchung von HRW und der Schweizer Nichtregierungsorganisation Trial International. Die Amtszeit Jammehs (1994 bis 2017) war von massiven Menschenrechtsverstößen gekennzeichnet, darunter willkürliche Verhaftungen, Folter und Mord durch seine Sicherheitskräfte. Ende 2016 verlor er die Präsidentschaftswahl und flüchtete ins Exil nach Äquatorialguinea.

Indien

Kaschmir: Familien ehemaliger Unabhängigkeitskämpfer staatenlos

Im indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir verweigern Behörden aus dem pakistanischen Teil zurückgekehrten Familien ehemaliger Unabhängigkeitskämpfer die Ausstellung von Pässen oder Dokumenten.

Anfang der neunziger Jahre verließen Hunderte Männer den indischen Teil Kaschmirs und ließen sich im pakistanischen Teil für den Kampf gegen indische Streitkräfte und für die Unabhängigkeit Kaschmirs an der Waffe ausbilden. Viele von ihnen wurden bei Feuergefechten getötet, einige gaben später den Kampf auf und ließen sich im von Pakistan verwalteten Teil Kaschmirs Azad Jammu und Kaschmir nieder.

Der damalige Regierungschef des indischen Bundesstaats Jammu und Kaschmir kündigte 2010 ein Rehabilitationsprogramm an. Dieses sollte ehemaligen Kämpfern, die zwischen 1989 und 2009 in den pakistanischen Teil Kaschmirs eingereist waren, die Rückkehr unter bestimmten Bedingungen ermöglichen. Bis 2017 waren nach Regierungsangaben 377 ehemalige Rebellen mit ihren 864 Familienmitgliedern über Nepal und Bangladesch in den indischen Teil Kaschmirs zurückgekehrt. Gestattet wurde ihnen offiziell die Einreise an bestimmten Grenzübergängen oder über den internationalen Flughafen in Neu-Delhi.

Die meisten dieser Familien reisten über Nepal ein, da sie die genannten Grenzübergänge angeblich nicht hätten passieren dürfen. Ihnen wird nun illegale Einreise vorgeworfen. Ihre Dokumente wurden an der Grenze eingezogen. Sie besitzen nunmehr weder pakistanische noch indische Pässe.

Übergriffe auf Muslime

Am 25.06.19 wurden elf Männer wegen mutmaßlicher Beteiligung an der tödlichen Folterung eines Muslims festgenommen, zwei Polizeibeamte wegen des Umgangs mit dem Fall suspendiert. Der 24-jährige Muslim war am 18.06.19 von Dorfbewohnern im Distrikt Kharsawan im nordöstlichen Bundesstaat Jharkhand wegen der angeblichen Begehung eines Einbruchs an einen Pfahl gebunden und zwölf Stunden lang geschlagen worden, bevor die Polizei ihn zunächst festnahm und dann in ein Krankenhaus brachte, wo er am 22.06.19 verstarb. Ein zehnmütiges Video von dem Vorfall lässt den Schluss auf hindu-nationalistische Motive zu.

Der am 21.06.19 erschienene US-Jahresbericht zur Religionsfreiheit stellt eine Zunahme der Gewalt und Intoleranz gegen Minderheiten in Indien seit der Regierungsübernahme durch die hindu-nationalistische Bharatiya-Janata-Partei (BJP) im Jahr 2014 unter der Führung von Premierminister Narendra Modi fest. Angriffe auf Muslime werden oft unter dem Vorwand verübt, die im Hinduismus heiligen Kühe schützen zu wollen. Am 24.06.19 dementierte die indische Regierung diese Aussage des Berichts. Modi selbst aber verurteilte noch im Juni den Anstieg von hindu-nationalistisch motivierten Übergriffen auf Muslime aus Gründen der Verehrung der Kuh. Als Reaktion auf die Tat kam es in einigen größeren Städten zu Protestmärschen. Die hinduistischen Demonstrierenden forderten mit Plakaten und Parolen gegen die regierende BJP ein Ende der Gewalt gegen Muslime und des Tötens im Namen der Religion.

Iran

Medizinische Versorgung

Am 30.06.19 gab der stellvertretende iranische Gesundheitsminister Iraj Harirchidas bekannt, dass es wegen der hohen Auswanderungsquote von Medizinern zu einem ernsthaften Ärztemangel im Land komme. Nach den vorliegenden Erkenntnissen gebe es derzeit pro 1.000 Einwohner 1,6 Allgemein-, Fach- und Zahnärzte. In den Industrieländern liege das Verhältnis im Vergleich bei 3,5 bis 5 Ärzten pro 1.000 Personen. Bereits im Jahre 2016 meldeten Medien, dass knapp 2.000 Ärzte innerhalb von zwei Jahren das Land verlassen hätten. Im vergangenen Jahr standen 15.000 ausgebildete Ärzte wegen Berufswechsel oder Auswanderung nicht mehr zur Verfügung. In den Dörfern ist der Ärztemangel noch größer als in den Städten. Fast ebenso hoch ist die Abwanderungsquote bei den Krankenschwestern. Nach Erklärung von Vertretern des Gesundheitsministeriums würden jährlich mehr als 1.000 Krankenschwestern Iran verlassen.

Kamerun

SDF-Vorsitzender entführt und wieder freigelassen

Am 28.06.19 wurde der Vorsitzende der größten im Parlament vertretenen Oppositionspartei, John Fru Ndi, aus seinem Anwesen in Bamenda (Hauptstadt der Region Nordwest) von militanten Ambazonia-Separatisten entführt und am folgenden Tag wieder freigelassen. In einem Interview nach seiner Freilassung erklärte Fru Ndi, dass er von den Separatisten misshandelt worden sei. Sie hätten von ihm verlangt, dass er den Rückzug aller Parlamentarier und Senatoren der SDF aus der Nationalversammlung wie auch die Niederlegung aller Ämter der SDF-Mandatsträger in den kommunalen Gremien veranlassen solle. Die SDF kritisiert Staatspräsident Paul Biya für sein Verhalten in der anglophonen Krise, unterstützt jedoch nicht die Forderung der Separatisten nach einem unabhängigen Staat Ambazonia.

Kosovo

Deutscher Bundestag verlängert Bundeswehreinsatz

Nach dem Beschluss des Kabinetts vom 22.05.19, das KFOR-Mandat für ein weiteres Jahr zu verlängern, hat am 28.06.19 auch der Bundestag mit 493 Abgeordneten einer Verlängerung des Bundeswehreinsatzes zugestimmt. Allerdings soll das maximal mögliche Kontingent der deutschen Soldaten von derzeit 800 auf 400 halbiert werden. Der KFOR-Einsatz der Bundeswehr im Kosovo wurde vom Bundestag erstmals am 11.06.99 gebilligt. Die Kräfte der Bundeswehr haben im Wesentlichen den Auftrag, die Entwicklung des Kosovo zu einem stabilen, demokratischen, multiethnischen und friedlichen Land zu unterstützen. Grundsätzlich ist der Einsatz zeitlich unbegrenzt, wird aber seit der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Bundesregierung am 07.06.00 alle zwölf Monate neu entschieden. Die letzte Verlängerung des Einsatzes erfolgte am 22.06.18.

Libyen

Gharyan

Am 26.06.19 führten Milizen, die der Einheitsregierung (Government of National Accord – GNA) zugerechnet werden, eine überraschende Aktion gegen die Milizen des Generals Haftar in Gharyan durch, die zum Wechsel der Kontrolle über die Stadt führte. Vorangegangen waren intensive Gefechte am internationalen Flughafen von Tripolis, die sich als Ablenkungsmanöver herausstellten. Gegenangriffe der Milizen Haftars (Libyan National Army – LNA) beschränkten sich bisher weitgehend auf Luftangriffe, bei denen anscheinend vor allem zurückgelassenes Gerät zerstört werden sollte. Die Eroberung verlängert die Nachschubwege der Truppen Haftars erheblich. Von Seiten der LNA wurde gemeldet, im Rahmen der Eroberung seien Kriegsgefangene der LNA von den der GNA-Milizen liquidiert worden. Dies wird von der GNA dementiert.

Konflikt Haftar/Türkei

General Haftar teilte am 28.06.19 mit, dass türkische Schiffe innerhalb libyscher Hoheitsgewässer, türkisches Firmeneigentum und alle dem türkischen Staat zuzuordnenden Einrichtungen als legitime Ziele betrachtet würden. Er warf der Türkei Unterstützung der GNA vor, etwa durch logistische Unterstützung und Waffenlieferungen. Es wurde bekannt, dass eine mit Haftar alliierte Miliz sechs türkische Staatsangehörige gefangen hält. Am 30.06.19 veröffentlichte das türkische Außenministerium eine Erklärung, mit der es die sofortige Freilassung forderte. Andernfalls würden sämtliche mit Haftar liierten Milizen und Objekte ihrerseits von den türkischen Streitkräften als legitime Ziele angesehen werden. Am selben Tag gab die LNA bekannt, im Rahmen eines Angriffs auf den Mitiga-Flughafen in Tripolis sei eine türkische Bayraktar BR2-Drohne beim Start zerstört worden. Von anderer Seite hieß es, es habe einen Angriff gegeben, der eine Landebahn beschädigt hätte, die aber schnell wiederhergestellt worden sei.

Die Türkei hat umfangreiche Geschäftsinteressen in Libyen. Insbesondere die türkischen Beziehungen zur Stadt Misrata, die Haftars Truppen massiven Widerstand leistet, sind beachtlich und lang etabliert.

Moldau

Koalitionsregierung prorussischer und prowestlicher Parteien gebildet

Am 08.09.19 haben sich die prorussische Partei der Sozialisten (PSRM) und der proeuropäische Wahlblock Acum überraschend auf eine Koalitionsregierung geeinigt. Bei der Parlamentswahl vom 24.02.19 hatte keine Partei eine absolute Mehrheit gewonnen (vgl. BN v. 25.02.19).

Die ungewöhnliche Allianz wählte Maia Sandu zur Premierministerin. Neben ihr gehört auch Andrei Nastase, der Vorsitzende der zweiten in Acum zusammengeschlossenen Oppositionspartei (Plattform Würde und Wahrheit), als Vizepremier und Innenminister der Regierung an. Vorrangiges Ziel des Bündnisses aus prorussischen und proeuropäischen Kräften ist es, die zuletzt regierenden Demokraten (PDM), Partei des Oligarchen Vladimir Plahotniuc, zu entmachten. Unter Plahotniuc durchlebte das Land einen Zerfall der Demokratie, mit illiberalen und autoritären Tendenzen. Die PDM gab sich zwar prowestlich, schuf aber gleichzeitig ein korruptes System.

Die amtierende Regierung unter Führung der PDM akzeptierte die neue Regierungskoalition zunächst nicht und ließ am 09.06.19 über das Verfassungsgericht das Parlament auflösen und den Präsidenten absetzen. Vorerst beanspruchten sowohl die alte als auch die neue Regierung für einige Tage parallel die Macht im Staat. Auf Druck des Westens und Russlands trat die Regierung Filip am 14.06.19 zurück. Plahotniuc hat mittlerweile das Land verlassen. Am 26.06.19 sind alle sechs Verfassungsrichter, denen Kritiker Parteilichkeit vorwarfen, formell von ihren Ämtern zurückgetreten.

Die neue Regierung will zunächst alle ideologischen Streitfragen beiseiteschieben und hat angekündigt, die Korruption zu bekämpfen und die Vergangenheit aufzuarbeiten. Beobachter befürchten jedoch, dass schon bald ideologische Differenzen die Koalition wieder entzweien könnte.

Nigeria

Angriff der Boko Haram auf Militäreinheit

Am 26.06.19 griffen laut Militärangaben Kämpfer der Boko Haram eine Einheit des 120. Task Force Bataillons bei Goniri (Gujba Local Government Area, Bundesstaat Yobe) an. Die Soldaten, die Informationen über den bevorstehenden Angriff erhalten hatten, legten einen Hinterhalt und sollen Dutzende der Angreifer getötet haben.

Boko Haram überfällt Dorf

Am 24.06.19 drangen Kämpfer der Boko Haram in das an der Grenze zur Republik Niger befindliche Dorf Ngangam (Mobbar Local Government Area, Bundesstaat Borno) ein. Dort beschuldigten sie die Bewohner, dass diese Informationen über Operationen der Boko Haram an die Sicherheitskräfte verraten hätten. Anschließend töteten die Terroristen mindestens 20 Dorfbewohner. Am gleichen Tag sollen auch neun Personen in einem Dorf bei der Ortschaft Gudumbali (Guzamala Local Government Area, Bundesstaat Borno) von Boko Haram getötet worden sein.

Nordmazedonien

Erste Pride-Parade – Skopje Pride

Unter dem Titel „Marsch des Stolzes“ demonstrierten am 29.06.19 in der Hauptstadt Skopje hunderte Menschen für die Gleichberechtigung von LGBTI-Personen. Mehrere Minister, Abgeordnete und Botschafter nahmen an dem Marsch teil, der mit einem Konzert der Popsängerin Tamara Todevska aus Skopje endete. Trotz eines Anti-Pride-Gebets christlicher Gegendemonstranten am Rande des Marsches verlief die Parade friedlich und ohne Zusammenstöße zwischen den gegnerischen Gruppen. Zuvor hatte das Parlament Ende Mai ein neues Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet, welches erstmals die Merkmale sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität mit einschließt.

Pakistan/Afghanistan

Bleiberecht für afghanische Geflüchtete erneut verlängert

Pakistan hat das Bleiberecht für die 1,4 Mio. registrierten afghanischen Geflüchteten um ein Jahr bis zum 30.06.20 verlängert. Während eines Staatsbesuchs des afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad wurde die Verlängerung bekanntgegeben. Die nicht registrierten Afghanen, die sich in Pakistan aufhalten, werden vorläufig bis zum 31.10.19 geduldet. Zu den Hintergründen und zur Lage der afghanischen Geflüchteten in Pakistan vgl. BN v. 17.06.19.

Sri Lanka

Todesstrafe soll wieder vollstreckt werden

In Sri Lanka sollen erstmals seit 43 Jahren wieder Todesurteile vollstreckt werden. Präsident Maithripala Sirisena hatte das Moratorium auf die Todesstrafe bereits im Juli vergangenen Jahres aufgehoben und vor wenigen Tagen im Fernsehen bekannt gegeben, dass er die Befehle zur Ausführung von vier Exekutionen bereits unterzeichnet habe. Jedoch bedarf es einer erneuten Prüfung durch das Oberste Gericht.

Die Ankündigung der Wiederaufnahme von Exekutionen führte u.a. in Colombo zu Protesten. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) startete eine sogenannte Dringlichkeitsaktion und rief dazu auf, eine Petition gegen die geplanten Hinrichtungen zu unterschreiben.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch gibt es in Sri Lanka fast 1.300 zum Tode verurteilte Häftlinge, darunter wurden 48 wegen Drogendelikten verurteilt. Die Tageszeitung Daily Mirror berichtete unter Berufung auf die neuesten offiziellen Statistiken der Behörden, dass allein im Jahr 2017 mehr als 80.000 Personen im Zusammenhang mit Drogendelikten verhaftet wurden.

Sudan

Erneute Massenproteste

Am 30.06.19 kam es in Khartum und weiteren Städten zu erneuten Massenprotesten. Dabei sollen zehntausende Menschen auf die Straße gegangen sein. Das Oppositionsbündnis Alliance for Freedom and Change hatte zu den Demonstrationen aufgerufen. Die Polizei soll in Khartum Tränengas gegen die Demonstranten eingesetzt haben. Nach verschiedenen Medienberichten sollen bei den Protesten sieben Menschen getötet und über 180 verletzt worden sein. Es waren die ersten Massenproteste seit der gewaltsamen Auflösung des Protestlagers in Khartum am 03.06.19 mit über 100 Toten (vgl. BN v. 17.06.19).

Gemeinsamer Vorschlag der Afrikanischen Union und Äthiopiens

Am 27.06.19 reichten die Afrikanische Union (AU) und Äthiopien einen gemeinsamen Vorschlag für die Bildung der Übergangsregierung ein. Der Militärrat gab am 28.06.19 bekannt, dass dieser Vorschlag geeignet sei, die Gespräche mit der Opposition wieder aufzunehmen. Er unterscheidet sich etwas von dem früheren äthiopischen Plan, den der Militärrat am 23.06.19 abgelehnt hatte (vgl. BN v. 24.06.19). Der gemeinsame Vorschlag sieht einen Souveränen Rat mit 15 Mitgliedern vor. Zusammensetzen soll sich der

Souveräne Rat aus sieben Zivilisten, sieben Mitgliedern des Militärs und einer unabhängigen Person. Die Zusammensetzung des Legislativrates soll erst nach der Unterzeichnung der Vereinbarung festgelegt werden.

Syrien

96 Tote bei Kämpfen im Nordwesten

Nach übereinstimmenden Berichten von Staats- und Oppositionsmedien sind am 28.06.19 bei schweren Gefechten zwischen Regierungsanhängern und Rebellen dutzende Kämpfer ums Leben gekommen. Die Kämpfe ereigneten sich nahe der Dörfer Jibeen und Tal Meleh im Nordwesten der Provinz Hama. Regierungsangaben zufolge war Ziel der Regierungsanhänger die Zerstörung von Positionen der radikalislamischen Hayat Tahrir al-Sham (HTS). Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte dokumentierte 51 Tote auf Seiten der Regierung und 45 getötete Aufständische.

Seit Beginn der jüngsten Kämpfe um die letzte Rebellenhochburg im Nordwesten am 30.04.19 sollen auf beiden Seiten mehr als 2.000 Personen getötet worden sein, darunter 532 Zivilisten.

Türkische Observationsposten in Idlib angegriffen

Am 28.06.19 wurde ein Beobachtungsposten des türkischen Militärs in Idlib beschossen. Ein türkischer Soldat wurde getötet, drei weitere verletzt. Türkischen Regierungsangaben zufolge erfolgte der Angriff aus einem Gebiet unter Kontrolle des syrischen Regimes.

Am Folgetag, dem 29.06.19, wurde erneut ein türkischer Observationsposten beschossen, ebenfalls in Idlib. Dabei gab es keine Opfer.

Menschenrechtsorganisation warnt vor Instrumentalisierung beim Wiederaufbau

Human Rights Watch (HRW) veröffentlichte am 28.06.19 in einem Bericht, dass die syrische Regierung bei der Verteilung von humanitärer Hilfe aus dem Ausland Regierungsgegner oder Bevölkerungsgruppen diskriminiert, die mit der Opposition assoziiert werden.

Sowohl die EU als auch die USA halten bislang an der gemeinsamen Position fest, erst dann Wiederaufbauhilfe für Syrien bereitzustellen, wenn der Krieg beendet worden ist und ein politischer Transformationsprozess stattgefunden hat.

Generell ist festzustellen, dass die Zahl in Damaskus tätiger internationaler Hilfsorganisationen zuletzt angestiegen ist.

Attentat auf die Familie eines Regierungsberaters in Damaskus

Syrische Staatsmedien berichteten von einem Autobombenanschlag am 27.06.19, bei dem die Frau und der Sohn eines politischen Beraters der syrischen Regierung verletzt worden sind. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte und HRW identifizierten den Berater als Taleb Ibrahim. Bislang hatte sich keine Gruppe zu dem Anschlag bekannt.

Kämpfe im türkisch kontrollierten Afrin

Am 26.06.19 kam es dem türkischen Verteidigungsministerium zufolge zu Kämpfen mit der syrischen Kurdenmiliz YPG, bei der ein türkischer Soldat getötet und fünf weitere verletzt wurden. Der Vorfall ereignete sich in der Region Afrin, die sich seit der türkischen Militäroffensive im Jahr 2018 unter der gemeinsamen Kontrolle des türkischen Militärs und gemäßigter Islamisten befindet.

Der türkische Staatspräsident Erdogan erklärte am 25.06.19, dass die Zahl der Rückkehrer nach Syrien bald nach der Etablierung einer Sicherheitszone im Nordosten Syriens die Millionengrenze erreicht werden könnte. Zur Zeit stehen große Teile des syrischen Nordostens unter Herrschaft der YPG.

Tunesien

Homosexueller Kandidat bei Tunesiens Präsidentenwahl

Zum ersten Mal will ein offen homosexueller Kandidat bei der Präsidentschaftswahl in Tunesien im Oktober kandidieren. Sein Name ist Mounir Baatour und er ist der Vorsitzende der tunesischen Organisation Shams, die sich für die Rechte von Homosexuellen und Transgender einsetzt. Er habe bereits mehr als die geforderten 10.000 Unterstützer für die Kandidatur, sagte der als Anwalt arbeitende Baatour. Homosexuelle

Handlungen stehen in Tunesien unter Strafe, gesellschaftlich ist Homosexualität dort immer noch ein Tabu. Amtsinhaber Beji Caïd Essebsi (92 Jahre) tritt bei der Präsidentschaftswahl nicht noch einmal an.

Selbstmordattentate in Tunis

Am 27.06.19 kam es in der Hauptstadt Tunesiens zu zwei Selbstmordattentaten, zuerst auf der Avenue Bourguiba im Zentrum der Stadt in der Nähe eines Polizeiautos. Kurze Zeit später geschah ein zweites Attentat vor dem Sitz der Antiterrorereinheit. Unterschiedlichen Berichten zufolge gab es ein oder zwei Todesopfer und mindestens acht Verletzte. Die Terrormiliz Islamischer Staat reklamierte die Attentate für sich.

Türkei

Wehrdienst

Am 25.06.19 hat das türkische Parlament nach Medienberichten ein neues Wehrdienstgesetz ratifiziert, das die Wehrdienstzeit halbiert. Durch das neue Gesetz wird die Wehrdienstzeit von 12 auf 6 Monate verkürzt und es besteht eine Freikaufmöglichkeit. Türkische Staatsbürger müssen demnach eine einmonatige militärische Ausbildung absolvieren und können sich von den restlichen fünf Monaten ihres Wehrdienstes durch Zahlung von 31.000 Lira (ca. 4.725 €) freikaufen. Männer, die gerade ihren Wehrdienst ableisten, haben die Chance auf eine vorzeitige Entlassung. Das Gesetz sieht zudem vor, dass Wehrpflichtige nach den sechs Monaten ihren Militärdienst freiwillig gegen ein monatliches Gehalt von 2.000 Lira verlängern können.

Untersuchungshaft für Yücel rechtswidrig

Das türkische Verfassungsgericht erklärte in einem einstimmigen Beschluss vom 28.06.19, dass die einjährige Untersuchungshaft gegen den deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel gegen die Meinungs- und Pressefreiheit verstoßen habe. Sein Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit sowie das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit seien verletzt worden. Yücel soll als Entschädigung 25.000 Lira (ca. 3.800 €) Schadensersatz erhalten.

Der Prozess gegen Yücel läuft jedoch weiter. Ihm wird aufgrund seiner Veröffentlichungen Terrorpropaganda und Volksverhetzung vorgeworfen. Das Verfassungsgericht erklärte nunmehr, dass ein Journalist nicht für Aussagen eines Interviewpartners verantwortlich sei. Bei den Vorwürfen ging es um ein Gespräch, das Yücel mit dem PKK-Kommandanten Cemil Bayik geführt hatte. Das Verfassungsgericht führte dazu aus, dass eine Bestrafung oder Beschuldigung eines Journalisten wegen der Veröffentlichung von Meinungen, die andere Personen während eines Interviews äußern, den Beitrag der Presse zu Diskussionen der im öffentlichen Interesse stehenden Themen ernsthaft einschränke. Das Interview könne Yücel nicht als Terrorpropaganda ausgelegt werden. Andere Texte Yücels enthielten zwar Kritik, doch auch diese bleibe im Rahmen der Pressefreiheit, stellten die Richter weiter fest. Daneben wurde kritisiert, dass die Anklage teils schlechte Übersetzungen von Yücels Texten verwendet habe. Dessen Prozess wird am 16.07.19 in Istanbul fortgesetzt.

Lange Haftstrafen

Nach Medienberichten seien am 26.06.19 erneut zahlreiche Angeklagte wegen des Putschversuchs vom Juli 2016 zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Ein Gericht in Ankara habe für 47 Personen eine lebenslängliche Freiheitsstrafe verhängt, für 19 davon erschwerte lebenslange Haft. Daneben seien weitere 113 Menschen zu Gefängnisstrafen mit einer Dauer zwischen sieben und 13 Jahren verurteilt worden. 94 Personen seien freigesprochen worden. Bei einem Großteil der Verurteilten soll es sich um Soldaten handeln. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu habe der Prozess in Verbindung mit Vorgängen in einer Militärakademie in den Putschnächten vom 15. und 16. Juli 2016 gestanden. Erst vor einer Woche waren rund 150 Soldaten zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden, darunter auch hochrangige Ex-Militärs wie den früheren Kommandeur der türkischen Luftwaffe, Akin Öztürk (vgl. BN v. 24.06.19). Gegen die Urteile sind noch Rechtsmittel möglich.

Ukraine

Bewegung im Ukraine-Konflikt

Russlands Präsident Putin zeigt sich bei einer Pressekonferenz beim G-20 Gipfel in Osaka bezüglich des Ukraine Konfliktes optimistisch. So seien in letzter Zeit weitere Gefangene übergeben worden. Zu den Freigelassenen haben jedoch nicht die 24 inhaftierten Matrosen gehört, die im November vergangenen Jahres beim Versuch, an der Meerenge von Kertsch aus dem Schwarzen Meer ins Kaspische Meer zu gelangen, von der russischen Küstenwache festgesetzt worden waren und seither in Moskau im Gefängnis sitzen. Nach russischer Ansicht hätten sie die Durchfahrt anmelden müssen. Nach Überzeugung Putins habe die Ukraine praktisch eingeräumt, dass dieser Vorfall eine Provokation gewesen sei. Von ukrainischer Seite hieß es, es habe Signale Russlands gegeben, die Matrosen unter bestimmten Bedingungen freizulassen. Dem Vernehmen nach könnte eine solche Bedingung sein, dass die Ukraine offiziell zugibt, die Staatsgrenzen von Russland mit dem Manöver verletzt zu haben. Putin kündigte an, die Frage der Freilassung der Seeleute in einem Arbeitsprozess zu klären. Das Urteil des Internationalen Seegerichtshof in Hamburg zur Freilassung der Soldaten wurde von Russland nicht anerkannt mit der Begründung, die Uno-Instanz sei nicht zuständig.

Venezuela

Foltervorwürfe

Am 27.06.19 hat die venezolanische Regierung Maduro bekanntgegeben, einen Putschversuch vereitelt zu haben und in diesem Zuge 13 Offiziere festgenommen zu haben. Sie hätten für den 23.06. und 24.06.19 eine Reihe von Aktionen geplant, zu denen auch Anschläge auf das Leben Maduros gehört haben sollen. Einer der festgenommenen Offiziere verstarb in den Folgetagen im Gefängnis. Dies führte von Seiten der Familie und des vom Parlament unterstützten Präsidenten Guaido zum Vorwurf der Folter. Die Vorwürfe sollen nun untersucht werden. Foltervorwürfe gegen die Regierung Maduro sind in den letzten Jahren häufig erhoben worden, u.a. von Seiten der Vereinten Nationen und der Lima-Gruppe. Die Haftbedingungen gelten als äußerst schlecht, vor allem für politische Gefangene.

Vietnam

Haftstrafen für Regierungsgegner

Ein Gericht in Ho-Chi-Minh-Stadt verurteilte am 24.06.19 den US-Bürger Michael Nguyen zu zwölf Jahren und zwei vietnamesische Staatsbürger zu zehn bzw. acht Jahren Haft. Sie wurden beschuldigt, einen Umsturz geplant und versucht zu haben, Personen für gewaltsame Proteste in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt anzuwerben.